

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) **Petition an die Bundesregierung bezüglich des Verbots von Krachern der Kategorien FII und FIII, Kleinf Feuerwerk**

GR. **Rajakovics** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Es geht um eine Petition an die Bundesregierung bezüglich des Verbots des Verkaufs von Krachern der Kategorien FII und FIII. Deshalb ein dringlicher Antrag, weil es eine auf Grund von EU-Vorgaben in den Stadien, speziell in Fußballstadien, aber bei Sportveranstaltungen eine Änderung gegeben hat im Pyrotechnikgesetz, aber leider in diesem Zusammenhang nichts unternommen wurde, außer eine neue Kategorisierung, die aber letztlich den gleichen Zustand, den wir schon jetzt haben, prolongiert. Der Silvestertag und vor allem die Silvesternacht ist für viele von uns jährlich ein Grund, mit Familie und Freunden zu feiern.

Das ist eine gute Tradition und ich habe kein Problem damit, dass der tatsächliche Jahreswechsel um Mitternacht mit schön anzusehenden Feuerwerken gefeiert wird. Dieses Fest wird aber für viele, gerade für Menschen mit kleineren Kindern beziehungsweise BesitzerInnen von Haustieren dadurch getrübt, dass etliche Mitfeiernde trotz Verbots Kracher der Klasse II beziehungsweise FII und FIII, sogenannte Piraten, Deutsche, Schweizer etc. verwenden, die ausschließlich der Lärmerzeugung dienen.

Kinder haben zum Teil große Angst vor dem Lärm und Tiere sind durch diesen oft tagelang verunsichert und scheu.

Laut Pyrotechnikgesetz ist zwar der Erwerb dieser Kracher gestattet, allerdings deren Verwendung im Ortsgebiet untersagt. Ich meine, ich brauche nicht dazu sagen, dass ja keiner sich beraten und andere Kracher kauft, damit er sich dann in den Wald zurückzieht und zu seiner eigenen Freude die explodieren lässt, sondern das ja genau der Sinn der Sache ist, die anderen Leute zu schrecken. Heuer gab es erstmals eine „Aktion scharf“ der Polizei in der Innenstadt bezüglich der Einhaltung dieses Gesetzes.

Als ich allerdings am 31.12. durch die Herrengasse gegangen bin, sind mir große Gruppen vor allem junger Männer entgegengekommen, die genau diese Kracher ausgiebigst verwendet haben.

Die Polizei ist auch in einer großen Gruppe am Färberplatz gestanden und hat in dem Sinn keine Möglichkeit gesehen einzuschreiten.

Zu dem grundsätzlich sinnlosen Lärm kommt, dass mit Zunahme des Alkoholspiegels diese Kracher in immer größerer Stückzahl zugleich gezündet werden, um sie dann wahllos in die Menschenmenge zu schleudern, was bei den Getroffenen immer wieder Verletzungen und Gehörstürze hervorruft. Auch das beliebte Anfüllen von Flaschen mit Krachern, um diese zum Zersplittern zu bringen, hat schon mehrmals, meist bei jungen Menschen, zu schweren Augenverletzungen geführt bis hin zur Erblindung.

Sowohl Ärzte als auch Unternehmer, die Großfeuerwerke professionell veranstalten, haben mir bestätigt, dass die Verletzungsgefahr durch diese Kracher bei unsachgemäßer Verwendung erheblich ist und sie nicht nachvollziehen können, warum diese Kracher ohne Lichteffekte überhaupt verkauft werden dürfen. Heuer auf der HNO waren immerhin zehn, vor allem jüngere Menschen, die sich in der Nacht, in der Silvesternacht, einen bleibenden Gehörschaden zugezogen haben, und das ist ja nicht eine zu vernachlässigende Zahl.

Da auch ich mich frage, wieso etwas im Handel erhältlich ist, das tatsächlich gar nicht verwendet werden dürfte und eigentlich nur ein Ärgernis darstellt, stelle ich im Namen der Fraktionen von ÖVP und Grüne folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wendet sich auf dem Weg einer Petition an die österreichische Bundesregierung, konkret an das Wirtschaftsministerium und Innenministerium, mit dem dringenden Ersuchen, das Pyrotechnikgesetz zu novellieren.

Das Ziel der Novellierung soll sein, den Verkauf von Krachern der Kategorien FII und FIII, deren Explosion nicht zum Auslösen von Lichteffekten dient, österreichweit generell zu verbieten. Ich bitte um Unterstützung (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Nachdem sich für diesen Antrag die Mehrheit zur Dringlichkeit abzeichnet, gibt es keine Diskussion zur Dringlichkeit, sondern gleich zum Antrag.

GRin. **Krampl** zum Antrag: Die SPÖ wird der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Antrag, weil auch das wir für, gelinde gesagt, paradox finden, an jeder Ecke Verkaufsstände zu finden, wo man derartiger Kracher kaufen kann. Alternative wäre, sie weiterhin zu verkaufen und ein Taferl dazu, bitte kaufen Sie, aber Sie dürfen sie nicht verwenden. Also jede Initiative, die die Menschen schützt, die die Kinder schützt, die eventuell Verletzte, die immer wieder vorkommen an Silvestertagen davor und danach, schützt, ist uns unterstützenswert. Ich hoffe nur, dass es die Wirtschaftskammer in Österreich gleich sieht. Auf jeden Fall Unterstützung seitens der SPÖ. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema der Kracher, dass da dargelegt worden ist, ist den Lärm eigentlich nicht wert, den der Antrag vorgibt. Es ist der einzige Antrag der ÖVP heute in der Gemeinderatssitzung, der eine Petition an die Bundesregierung ist, das heißt, die ÖVP hat in ihrem eigenen Wirkungsbereich keine Handlungsnotwendigkeit gesehen, etwas wirklich für die Bürgerinnen und Bürger zu tun und wenn ich diese Argumentation mir anhöre, dass es um die Gesundheit der Bevölkerung geht, muss ich die gleiche Fraktion daran erinnern, dass es sich um ein wesentlich anderen, wesentlich wirksameren Beitrag für die Gesundheit, nämlich die Einführung einer Helmpflicht für Fahrradfahrer, für Jugendliche und Kinder, dagegen gestellt hat, sich gewehrt hat, dem nicht zugestimmt hat, also die Glaubwürdigkeit gerade in gesundheitspolitischen Fragen hat die ÖVP meines Erachtens nicht zurückgestattet, zurückgeholt. Was weitere Ausführungen von Kollegen Rajakovics anbelangt ist, dass hier in diesem Antrag, und vor allem im Antragstext, ein generelles Verbot dieser Kracher gefordert wird. Dies entspricht nicht unseren Vorstellungen, dass man zwar einerseits gesetzeskonform diese Produkte verwendet, aber auf der anderen Seite wirklich hier diesen Freiheitsspielraum der Bürger nicht einschränken sollte. Das heißt, meines

Erachtens ist es in jenen Bereichen, wo niemand gefährdet wird, wo man nicht in der Nähe von Altenheimen oder Krankenhäusern oder in jenen Bereichen, wo sich eine große Anzahl an Menschen versammelt, dieser Gebrauch wirklich kein Problem und daher stimmen wir weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zu. Dankesehr.

GRin. **Jahn:** Zum Kollegen Mariacher. Offensichtlich haben wir ein sehr unterschiedliches Verständnis von politischer Arbeit. Ich denke, es ist die gemeinderätliche Tagesordnung ein Ausdruck der politischen Arbeit, die die regierenden Parteien hier herinnen leisten, inklusive der Verwaltungseinheiten und unserer MitarbeiterInnen, und da meine ich wirklich alle im Stadtsenat vertretenen Parteien, also das möchte ich schon betonen, hier sozusagen nur die ÖVP macht halt da irgend so einen Antrag, der völlig irrelevant ist und sonst wird da quasi als Regierungspartei nichts geleistet, das möchte ich schon auch für die anderen Parteien, die in der Stadtregierung vertreten sind, zurückweisen. Das ist Ihre Interpretation, aber ja, ich würde sagen, da finden Sie sich auf dem Holzweg. Noch dazu, wo ja auch dringliche Anträge ganz besonders ein Mittel der Opposition sein sollten, um Anliegen, die ihnen auch sehr wichtig sind, hier auch einbringen zu können, wenn sie eben nicht über eine Mehrheit hier im Hause verfügen. Zum Inhalt ist zu sagen, uns ist der Inhalt extrem wichtig, auch wie der Kollege Rajakovics vorher schon gesagt hat, es geht hier um wesentliche gesundheitspolitische Fragen rund um Silvester. Wir wissen, es gibt Menschen, die einen Gehörsturz erleiden im Zusammenhang, wenn sie sich irgendwo in der Innenstadt befinden, wo andere Menschen ihnen die Kracher ins Gesicht hauen und sie dann Augenverletzungen davontragen. Ich würde so etwas niemals unterschätzen und auch nicht verharmlosen, wie es leider vorher passiert ist. Gleichzeitig möchten wir als Grüne natürlich auch den Tierschutzaspekt betonen, der für uns ein großes Anliegen ist, bei Haustieren, vor allem bei Hunden und bei Katzen gibt es hier regelmäßig Schwierigkeiten rund um Silvester. Die Lärm- und Lichteffekte lösen nachweisbar erheblichen Stress aus, häufig kommt es auch zu starken körperlichen Symptomen, wie zum Beispiel Erbrechen, Durchfall und andere Stresssituationen. Gleichzeitig auch der Schwefeldampf von gezündeten Knallkörpern kann die Schleimhäute sehr, sehr stark reizen, das gilt sowohl für die Haustiere als auch für die Wildtiere und

insofern denke ich, ist es ein sehr wichtiges Anliegen, dass dieser Antrag hier auch weitergeleitet wird (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Ich bedanke mich für die Zustimmung. Ich glaube, dass es tatsächlich einen Unterschied gibt zwischen dem, was zu Recht und was unter Feiern verstanden wird, dass man ein Feuerwerk in einer Stadt auch veranstaltet, was natürlich auch einen gewissen Lärm verursacht, aber wo viele gerne auch zuschauen. Dass man einen Unterschied machen muss, ob man bei dem schönen Zuschauen ständig Angst haben muss, dass hinter einem, und das finde ich halt vom Herrn Kollegen Mariacher, der scheinbar nie noch in irgendeiner so einer Situation war und sich das einmal angeschaut hat in Graz, wenn ganze Packeln von Piraten hinter dir gezündet werden oder über deinen Kopf drüberfallen, dann ist es halt nicht mehr so lustig, dem zuzuschauen, aber wahrscheinlich in deinem Umfeld gibt es nur junge Leute, die in den Wald gehen und dort das unter sich gegenseitig zuwerfen, daher ist es aus eurer Sicht nicht notwendig. Die Mehrheit hat das schon anders erlebt oder erlebt das auch jedes Jahr anders und die würden dem auch zustimmen und ich danke dafür (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir müssen die Dringlichkeit trotzdem abstimmen, tut mir leid, zuerst die Dringlichkeit zum Antrag...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Der Herr Polz meint, wir sollen die Dringlichkeit abstimmen. Wir haben das verändert, die Dringlichkeit ist gegeben, weil die Mehrheit sich dazu schon geäußert hat im Vorfeld.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Demokratiereform/Statutenkonvent

GR. **Herper** stellt namens von SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrte Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Sachen Demokratiereform, Mitgestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, in Sachen Bezirksdemokratie, Transparenz von Entscheidungsprozessen, mehr Rechte des Gemeinderates und dessen Stärkung, also im Sinne von Bürgerinitiativen und mehr Demokratie in dieser Stadt wagen, betätige ich mich gerne als Wiederholungsredner. Ich habe einend dringlichen Antrag am 25. Juni des Vorjahres an dieser Stelle eingebracht. Angesicht sinkender Wahlbeteiligung, angesichts gefährlicher Politikmüdigkeit eine Wiederbelebung, eine Neustärkung des Demokratieanlaufes zu wagen.

Dieser dringliche Antrag wurde zwar angenommen, aber meine damalige Forderung, die mit Mehrheit angenommen wurde, nämlich einen Statutenkonvent in einen Verfassungskonvent einzurichten, dem ist nicht Folge geleistet worden. Dabei gäbe es eine Fülle von Vorschlägen und Anregungen, denen wir gerne alle anderen Fraktionen höflichst und tunlichst einladen möchten, die KPÖ hat sich mit uns entschlossen, diesen gemeinsamen dringlichen Antrag einzubringen. Ich erinnere nur daran, dass Wolfgang Riedler im Vorjahr ein Paket präsentiert hat, das die BürgerInnenstunde im Gemeinderat beinhaltet, BürgerInnenzentren in den Stadtbezirken, ein Ausbau der BürgerInnenbeteiligung, BürgerInnenbefragungen, Direktübertragung von Gemeinderatssitzungen, ein Vorschlag, der ja auch schon aus der ÖVP gekommen ist, im Internet und vieles andere mehr enthält. Wir hatten mehrere Runden mit den Protagonisten und AktivbürgerInnen von „Mehr Zeit für Graz“ und Gesprächsrunden, die ja ähnlich gelagerte Vorschläge einbringen und eingebracht haben. Es ist ja nicht im Sinne der AktivbürgerInnen und ihres Engagements, dass diese Ideen in der Schublade verstauben, sondern es geht

darum, dass diese ja auch von den politischen RepräsentantInnen dieser Stadt behandelt werden.

Daher stelle ich daher namens der SPÖ und KPÖ den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, gemäß Motivenbericht diesen Statutenkonvent endlich durchzuführen, so wie er schon im Vorjahr beschlossen wurde, zu dem VertreterInnen aller Gemeinderatsparteien, zwei von der Plattform der Grazer BürgerInneninitiativen nominierte Personen, zwei Mitglieder von „Mehr Zeit für Graz“, VerfassungsexpertInnen sowie allenfalls noch zu nominierenden TeilnehmerInnen eingeladen werden.
2. Dieser Statutenkonvent hat bis spätestens 30. April 2010 stattzufinden und hat das Ziel, auf Basis der Vorschläge der TeilnehmerInnen ein Maßnahmenbündel zu erarbeiten, wie Mitgestaltungsmöglichkeiten für BürgerInnen bei Entscheidungen erweitert, die Transparenz in den Entscheidungsprozessen verbessert, die Bezirksdemokratie ausgebaut, gerade angesichts der Tatsache, dass Bezirksämter geschlossen oder zusammengelegt wurden, ist es mehr denn je gefragt, Bezirksdemokratie zu wagen, auch aus dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger selbst und die Rechte des Gemeinderates zu stärken.
3. Ein entsprechender Bericht darüber ist zur Beschlussfassung über die weitere Vorgangsweise dem Gemeinderat in seiner Sitzung am 20. Mai vorzulegen.

Diese Bitte um Mitgehen richtet sich vor allem auch an die grüne Fraktion, die ja basisdemokratisch seit ihrer Gründung orientiert ist und immer Wert gelegt hat auf die Aktivbürgerrolle und die Stärkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Danke herzlich (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn** zur Dringlichkeit: Zum Antrag von Kollegen Karl-Heinz Herper eine Richtigstellung. Der Antrag ist damals, es gab damals einen Abänderungsantrag, wo

die ganze Thematik im Sinne eines Informationsberichtes an den Ausschuss für Verfassung, Personal und Organisation weitergeleitet wurde, der ist damals von der ÖVP eingebracht worden, nur zur inhaltlichen Ergänzung. Zur Dringlichkeit: im vorliegenden Antrag geht es um einige Aspekte des Themenkreises Demokratie, wobei hier eben konkret auf Bezirksdemokratie, Rechte des Gemeinderates, Ausweitung eben Bezug genommen wird, dazu ist aus unserer Sicht zu sagen, dass ja die Geschäftsordnung für den Gemeinderat im großen Konsens im letzten Jahr überarbeitet wurde und wir auch gemeinsam vereinbart haben, dass wir eine Evaluierung vornehmen möchten und dass sie auch noch Gültigkeit hat bis zum Ende dieser Legislaturperiode. Daher ist in diesem Fall für uns die Dringlichkeit nicht gegeben, weil wir auch abwarten möchten, wie sich das Projekt hier weiterentwickelt, selbiges gilt auch für die Bezirksratsdemokratie, wir letztes Jahr schon die ersten Schritte gesetzt haben in der letzten Gemeinderatssitzung. Die anderen Fragen, die im Antrag angerissen werden, sind aus unserer Sicht natürlich diskussionswürdig, das ist überhaupt keine Frage, es handelt sich aber um Fragen, wie wir demokratisch mit einander tun mit BürgerInnenbeteiligung, mit dem Referat für BürgerInnenbeteiligung, mit den Projekten und den AktivbürgerInnen von „Mehr Zeit für Graz“, mit dem BürgerInnenbeirat. Und aus unsere Sicht sind das keine Fragen, die wir über Statutenänderungen angehen müssen, sondern da brauchen wir eigentlich eine Klubobleutekonferenz mit anderen ExpertInnen, was sich die Fraktionen eben wünschen, das wäre das, was aus unserer Sicht zu tun ist und daher ist für uns aus inhaltlicher Sicht die Dringlichkeit in dem Antrag nicht gegeben. Natürlich diskutieren wir gerne über die anstehenden Fragen, von denen es unbenommen zahlreiche im heurigen Jahr zu erledigen gibt. Vor allem im Bereich BürgerInnenbeteiligung, „Mehr Zeit für Graz“ und im Referat für BürgerInnenbeteiligung, wo ja die Stelle neu ausgeschrieben wurde und wo wir uns gut überlegen müssen, wie wir dieses Referat neu ausgestalten, damit BürgerInnenbeteiligung wirklich ernsthaft innovativ und auch kompetent umgesetzt wird (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist gut, dass die Kollegin Jahn vor mir gesprochen hat, weil ich war eigentlich von ihren Äußerungen in keiner

Weise überrascht. Die Grünen haben sich von jeglicher Orientierung an dem Bürger, von einer Unterstützung wirklich basisdemokratisch für Organisationen, die wirklich an der Basis abseits der Parteien arbeiten, wirklich längstens verabschiedet, sie sind ihrer Macht nur noch verpflichtet, die Anliegen werden mit Füßen getreten, ob es darum geht, dass man gebührend über die Bürger darüberfährt, ob es darum geht, kein einziges Projekt, bis auf „Mehr Zeit für Graz“, umzusetzen, ob es darum geht, Bürgerinitiativen einfach ausrutschen zu lassen beziehungsweise anzufeinden, obwohl diese bereits eine Dekade lang, über 12 Jahre lang, so wie in Andritz für die Interessen der dort wohnhaften Bevölkerung sich eingesetzt haben, das ist alles vollkommen egal, man will alles selber gestalten in dieser schwarz/grünen unseligen Koalition, man hat auch deswegen alle Aufsichtsräte schön säuberlich untereinander aufgeteilt, kein einziger der anderen Parteien, geschweige denn, kein einziger unabhängiger Experte findet sich hier in den verantwortlichen Organen seitens der Stadt Graz kapitalgeberseitig, sodass mich das in keiner Weise verwundert. Wir werden diesen Antrag, weil er uns dem Sch- und dem Inhalt nach wirklich plausibel erscheint, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antragstext unsere Zustimmung erteilen, Herr Klubobmann.

GR. **Herper:** Christina, ich schätze dich ja sehr, aber das, was du jetzt geboten hast, war wirklich eine schwache Leistung, weil ihr habt im Wahlkampf (*Applaus SPÖ*) euch sozusagen immer auf die Seite der Aktivbürgerinnen und Aktivbürger gestellt. Ihr seht euer Bestreben darin, auch deren Anliegen immer zu vertreten, und man kann nicht eine Geschäftsordnungsdebatte mit einer Stärkung des Gemeinderates verwechseln. Man kann auch nicht den Prozess, der durch die Planungswerkstatt „Zeit für Graz“ durchgeführt wurde, wo die Grazer Bevölkerung in massiver Weise mehr Mitgestaltung und mehr Mitreden eingefordert hat, jetzt einfach abwürgen und sagen, das hat sich, das ist es.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das hat niemand gesagt.

GR. **Herper**: Und dieser Prozess findet derzeit keinen praktischen Niederschlag. Es gibt derzeit keine Instrumentarien. Ich habe das Schreiben der Rosemarie Feistritzer vor mir liegen, die euch nicht unbekannt ist, die dem Bürgermeister gestern ein Mail geschrieben hat an alle Fraktionen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir sind in Kontakt mit ihr.

GR. **Herper**: Wir sind auch in Kontakt mit ihnen und ich zitiere aus ihrem Schreiben von gestern: „Dieser Prozess muss jetzt auch seinen praktischen Niederschlag finden, derzeit fehlen jedoch die Instrumentarien dazu, wie den Bürgerinnen und Bürgern das möglich gemacht wird.“ Es geht um eine seriöse Diskussion und wir reden nicht über Geschäftsordnungspraktiken oder -änderungen, wir reden über Mitgestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, wir reden über Transparenz in den Entscheidungsprozessen, wir reden über Bezirksdemokratie. Und es geht darum, einen solchen gemeinsamen Konvent einzuberufen. Peter Piffl hat das letzte Mal, wie die Resolution eingebracht wurde, wo das sozusagen in den Verfassungsausschuss zugeordnet wurde, durchaus berechtigterweise hingewiesen, dass auch Beamtenstellungen, beamtete Stellungen kommen werden. Wo sind die, wo sind die Expertinnen und Experten, wo sind die beamteten Stellungen, deswegen ersuchen wir dringlich, diese Statutenreform zur Stärkung der Demokratie in Graz einzuberufen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Ein herzliches Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Verpartnerung im Trauungssaal

GRin. **Haas-Wippel** stellt namens der SPÖ und der KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der nun geschaffenen Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft haben auch gleichgeschlechtliche Paare endlich nicht nur eine adäquate Gelegenheit der gegenseitigen Absicherung. Mit diesen Rechten gehen sie gleichzeitig auch partnerschaftliche Pflichten ein und bekennen sich zu einem gemeinschaftlichen Lebensweg. Nicht zuletzt auch deswegen werden von etlichen Gemeinden für diese Partnerschaftsschließung dieselben Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wie für die standesamtlichen Eheschließungen heterosexueller Paare: Es geht darum, die Bedeutung und Wertigkeit des Bekenntnisses zu einem solchen gemeinsamen Lebensweg dokumentiert zu wissen.

In Graz gehen die Uhren in dieser Hinsicht bislang leider anders - neben der Personenstandsbehörde im Amtshaus steht für gleichgeschlechtliche Paare im Rathaus nur das Media-Center zur Verfügung, alle anderen Orte, an denen heterosexuelle Paare standesamtlich heiraten können, bleiben ihnen verwehrt. Was selbstverständlich von vielen - und das nicht allein nur von den Betroffenen - als Diskriminierung angesehen wird. Zumal sich im Rathaus ein paar Meter vom Media-Center entfernt der sogenannte Trauungssaal befindet, der im Übrigen nicht nur für standesamtliche Eheschließungen Verwendung findet, sondern in dem darüber hinaus eine Vielzahl unterschiedlichster Veranstaltungen durchgeführt werden. Behaupten zu wollen, im Trauungssaal fänden ausschließlich Trauungen statt, ist also falsch. Womit ein immer wieder gehörtes Argument, das sich genau auf diese Ausschließlichkeit bezieht, nicht haltbar ist. Wobei grundsätzlich, selbst wenn dem so wäre, es nicht nachvollziehbar ist, warum ausgerechnet in der Menschenrechtsstadt Graz bei der Wahl der Örtlichkeit der Partnerschaftsschließung derart unterschiedliche, diskriminierende Regelungen angewandt werden.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklub und der KPÖ den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl in dessen Funktion als zuständiger Bezirkshauptmann dringendst, seine Entscheidung, den Trauungssaal für Partnerschaftsschließungen nicht zur Verfügung zu stellen, zu überdenken und auch im Trauungssaal Partnerschaftseintragungen von gleichgeschlechtlichen Paaren zuzulassen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich möchte vorausschicken, dass Sexualität wie auch immer gearbeitet, eine Privatsache ist und so sollte sie auch behandelt werden. Aber nein, wir werden seit Wochen und Monaten geißelt von Schwulenrechtlern und Homolobbyisten, die uns mit diesem Thema da beglücken, weil ihnen der Konsens, den Rot und Schwarz auf Bundesebene, seit 1.1.2010 übrigens auch gültig, nämlich den Konsens der Verpartnerung, weil ihnen der zuwenig weit geht. Aber solange eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität noch möglich ist, weil das will man ja auch im § 283 des Strafgesetzbuchs, zumindest im Entwurf zum Terrorismus-Präventionsgesetz ja auch unter den Tatbestand der Verhetzung stellen, solange Kritik an diesem Thema noch möglich ist, möchte ich ganz kurz hier auch darauf eingehen. Ich glaube an Rechten, und das möchte ich hier auch feststellen, an Rechten fehlt es Homosexuellen heutzutage in keinsten Weise, sie werden nicht mehr verfolgt, wie das noch vor vielen Jahren der Fall war und ich glaube, dass es tatsächlich so ist, dass die bestehenden gesetzlichen Regelungen eine Sicherung der Interesse der Homosexuellen auch möglich machen. Ich glaube, wenn man hier auch die Position der FPÖ in Betracht zieht, und wir sind hier auch grundsatztreu und gefestigt im Gegensatz zu anderen, die in dieser Frage gespalten sind und nach Beliebigkeit agieren. Aus unserer Sicht dürfen solche Begünstigungen, wie sie von Ihrer Seite gefordert werden und die zu Recht den Eheleuten aus dem Grund zur Verfügung stehen, weil sie einen Aufwand haben bezüglich dem Großziehen der Kinder, diesen Anspruch sollten homosexuelle Paare nicht haben (*Applaus FPÖ*). Homosexuelle, und das muss man hier auch klar festhalten, haben eine Fülle von Klubs, von Organisationen, von Zeitschriften, von Vereinen und von Lobbys, die

teilweise auch mit erheblichen öffentlichen Subventionen unterstützt werden, und eine dieser Lobbyisten ist nicht zuletzt auch die grüne Partei, die mit ihrer sturen Klientelpolitik die Koalition gefährdet, gut, das müssen Sie mit der ÖVP auch ausmachen (*Applaus FPÖ*), aber ich glaube, dass es wichtigeres gibt, als eine Debatte in dieser Frage andauern zu führen, es gibt, glaube ich, wirklich einen anderen familienpolitischen Fokus, den man hier richten sollte. Bedroht sind heute im Übrigen, wenn man sich das anschaut, Familien, Ehen, Kinder und Jugendliche, und hier sollte eben der familienpolitische Fokus auch hingelenkt werden. Ich möchte abschließend sagen; Homosexuelle benötigen keine weiteren Rechte und Privilegien, christliche Fundamentalisten oder Fundamentaltheologen und auch einige ÖVP-Abgeordnete würden sagen, sie brauchen geistige Befreiung und Heilung. Ich sage an dieser Stelle, ein bisschen Bescheidenheit würde es auch tun. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Zuerst kurz zu Ihnen, Herr Sippel, wer hier wen geißelt, wer durch wen gefährdet ist, stelle ich einmal in Frage, welche Aktionen hier den Gemeinderat oder welche Wortmeldungen den Gemeinderat geißeln oder die Bevölkerung draußen, möchte ich auf Grund der Redezeit nicht ausführlich kommentieren. Kommen wir zu der Dringlichkeit und zu dem Antrag, der von Ihnen eingebracht wurde. Selbstverständlich gibt es diese Dringlichkeit, erstens, wie Sie alle wissen, ist dieses Gesetz mit 1.1. in Kraft getreten und es hat bereits ein Paar gegeben in Graz, das auf Grund der derzeitigen Regelung sehr unerfreuliche Rahmenbedingungen hatte, um diesen wichtigen Schritt fürs Leben einzugehen, und selbstverständlich ist es dringlich und es wäre auch schon früher dringlich gewesen, was, denke ich auch, Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in Wien beim Verhandeln gewusst haben ist, dass es die Lücke im Gesetz, die dazu führt, dass wir überhaupt in Graz solche Debatten haben, dass es die vorher hätte zu schließen gelten, also dass da nicht schon festgelegt wurde, weil es politisch nicht durchsetzbar war, wo genau die Partnerschaftseintragung stattfinden kann, ist genau das, was jetzt uns hier wieder auf den Kopf fällt. Also es wäre damals auch schon dringlich gewesen, das zu klären. Das war jetzt zu der terminlichen Dringlichkeit, zu der inhaltlichen Dringlichkeit denke ich, sind unsere Positionen klar, es ist

selbstverständlich, dass Räumlichkeiten, alle Räumlichkeiten, die anderen Paaren für den Bund fürs Leben zur Verfügung stehen, auch gleichgeschlechtlichen Paaren zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist uns für uns selbstverständlich, dass das auch möglich sein muss, die gesamte Zeremonie in diesen Räumlichkeiten durchzuführen und nicht Unterschriftenleistungen in einer Amtsstube und dann zu anderen Räumlichkeiten zu gehen, die man sich privat mieten muss und das Dritte ist, dass es für uns selbstverständliche Forderung ist, wie wir auch schon kundgetan haben, dass die Öffnungszeiten so sein müssen, dass es auch möglich ist, mit Familie und Verwandten diese Zeremonie durchzuführen. Daher unterstützen wir selbstverständlich sowohl die Dringlichkeit als auch den Antrag und verweisen aber eben noch einmal darauf, dass die Entscheidung, dass wir das hier diskutieren müssen, leider im Vorfeld im Rahmen der Gesetzesverhandlungen schon gefallen ist (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Werte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Zum Kollegen Sippel möchte ich mich eigentlich weniger äußern, denn die, die am lautesten schreien, waren mir sowieso immer die Verdächtigsten in dieser Diskussion und da möchte ich mich auch nicht näher darauf einlassen, zumal der Heilungserfolg bei Homosexualität durch Handauflegung des Herrn Sippel, glaube ich, ein endenwollender ist. Was er da zur Auferstehung bringen will, möchte ich gar nicht wissen, sehr geehrte Damen und Herren. Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wenn ich heute „Österreich“ lese anlässlich des heutigen dringlichen Antrages zum Bettelverbot, aber auch dieser Initiative der Sozialdemokratie zur eingetragenen Partnerschaft und ich lese dann „Kuhhandel um Grazer Bettelverbot, Grüne sagen ja, wenn Homoehesaal kommt“, ich weiß nicht, Frau Vizebürgermeisterin, Sie leisten sich einen tadellosen Hofstaat als Mitarbeiter, vielleicht haben Sie einen Pressereferenten dabei, der Ihnen das um 8.00 Uhr früh zum Frühstücksemmerl dazulegt, dass Sie in angemessener Art und Weise einmal darauf reagieren können, dann frage ich mich, in was für einer Stadt leben wir, wo wir die organisierte Bettlerkriminalität und Menschenhandel mit der Umsetzung eines Nationalratsbeschlusses und den Umsetzungserlässen der Bundesregierung junktieren beginnen. Die Kriminalität bekämpfen, um auf der

anderen Seite in angemessener Art und Weise, und zwar so steht es im Gesetz und auch im Erlass, dem Anlass entsprechend in angemessener Art und Weise dieses Gesetz auch in der Stadt Graz zu vollziehen. Und daher möchte ich nicht die Redezeit ausschöpfen, weil ich ja auch wirklich der Meinung bin, dass wir in vielen anderen Bereichen auch dieser Stadt wirklich wesentliche Probleme haben, aber um was ich Sie ersuchen möchte, Frau Vizebürgermeisterin, weil der Bürgermeister heute nicht da ist, der eigentliche Verantwortliche als Bezirkshauptmann im Wirkungsbereich, im weiteren, dass wir in dieser Stadt emotionslos, sachlich, ruhig, raschest das umsetzen, was der Nationalrat beschlossen hat und wo es einen entsprechenden Durchführungserlass gibt. Und ich halte daher gar nichts davon, dass hier eine parteipolitische Fahnenfrage daraus gemacht wird und dass es hier offenbar einen Zickenkrieg um einen Trauungssaal oder sonst irgendwas gibt, dazu eignet es sich nicht. Wir haben genug entsprechende Repräsentationsräume dieser Stadt, die als Amtsräume undefiniert dem Anlass entsprechend in ehrwürdiger Art und Weise diese Verpartnerung auch dem Anlass und jenen Menschen, die das wollen, entsprechend durchführen kann und darum ersuche ich Sie in aller Ruhe, aber auch in aller Entschlossenheit, keinen politischen Hickhack daraus zu veranstalten, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und werden danach einen Abänderungsantrag einbringen, weil der Antrag der SPÖ ja wieder nur darum geht, einen Krieg um den Trauungssaal zu vollziehen und der schadet allen, der schadet auch dieser gesamten Diskussion, wo wir den Bürgermeister auch auffordern als Bezirksverwaltungsbehörde, dem Anlass entsprechend gebührenden Rahmen feierlich auch zu gestalten, das auch zur Verfügung zu stellen, die Stadt hat genug Räumlichkeiten, wo das möglich wäre. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Geschätzte Damen und Herren! Am heutigen Tag findet in der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen für die Bediensteten der Personenstandsbehörden in den Bezirkshauptmannschaften und der Magistrates der Länder Niederösterreich und Steiermark eine Informationsveranstaltung statt, um die MitarbeiterInnen mit der neuen Rechtslage vertraut zu machen. Diese Informationen und allenfalls auch dort bekannte oder vermittelte Durchführungsbestimmungen sind aus unserer Sicht abzuwarten, bevor weiterführende Beschlüsse gefasst werden.

Darum können wir dem heutigen Antrag keine Dringlichkeit zuerkennen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir leben im 21. Jahrhundert und die Stadt Graz ist, so erlebe ich es zumindest, sehr weltoffen. Wenn wir bei diesem Thema kleinkariert sind, dann tut es mir wirklich sehr weh, weil wir in der Stadt Graz machen wirklich ein Aufsehen um den Trauungssaal und nehmen nicht Rücksicht auf Menschen, denen wir mit Respekt und Wertschätzung begegnen sollten. Weil der Trauungssaal, da geht es nicht rein um Symbolik, wir sind eine aufgeschlossene Gesellschaft, und homosexuelle Paare verdienen Respekt und Wien, Salzburg, Innsbruck, St. Pölten, alle haben diese Möglichkeiten den homosexuellen Paaren offen gelassen, warum nicht auch die Stadt Graz? Ich würde mir wünschen und ich bitte um breite Zustimmung, dass wir den Weg der Toleranz gehen, den Weg der Akzeptanz, den Weg des Verständnisses und des Miteinanders. Ich bitte um breite Zustimmung. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke. Als Homosexuelle möchte ich gerne zurückweisen, dass wir Toleranz brauchen. Es ist gefährlich, es geht um einfach das Anerkennen, dass es etwas gibt, was in der Form normal ist, in der anderen Form normal ist und um diese Symbolik geht es, um dieses Anerkennen, Toleranz ist ein bisschen ein schwieriger Begriff in dem Zusammenhang, den möchte ich gerne zurückweisen. War aber gut gemeint und ich habe es auch so verstanden.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Petition an das Land Steiermark - Pflegefreistellung

GR. Ing. **Lohr** stellt namens der SPÖ und der FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer! Das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz regelt Pflegefreistellungen für Vertragsbedienstete und regelt damit Ansprüche auf zusätzliche freie Tage bei Pflegebedarf für einen genau bestimmten Personenkreis, sofern dieser im gemeinsamen Haushalt lebt. Die analogen Regelungen für Beamte sind in der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz aus dem Jahr 1956, einem Landesgesetz, geregelt.

Die „Pflegefreistellung“ findet im § 28a des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes, Stand 1.1.2009 ihre genaue Regelung. Er lautet:

„Der Vertragsbedienstete, der wegen der notwendigen Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden erkrankten oder verunglückten nahen Angehörigen nachweislich an der Dienstleistung verhindert ist, hat Anspruch auf Pflegefreistellung.“ Den Rest des Paragraphen erspare ich jetzt uns. Wesentlich ist, ein Vertragsbediensteter, der nun wegen er notwendigen Pflege eines Erkrankten oder Verunglückten nahen Angehörigen nachweislich an der Dienstleistung verhindert ist, hat Anspruch auf diese Pflegefreistellung bis zum Ausmaß von maximal einer beziehungsweise zwei Wochen pro Kalenderjahr.

Dieser Anspruch, und auf das kommt es jetzt an, besteht aber nur, wenn der Vertragsbedienstete mit dem erkrankten oder verunglückten „nahen Verwandten“ in einem Haushalt lebt.

Lebt aber der Vertragsbedienstete nicht in einem gemeinsamen Haushalt mit dem erkrankten oder verunglückten nahen Verwandten, besteht für den Vertragsbediensteten kein Anspruch auf Pflegefreistellung.

Diese Bestimmung, die den Pflegeurlaubsanspruch der Vertragsbediensteten an den Passus des „im gemeinsamen Haushalt“ lebenden nahen Verwandten koppelt, erscheint uns als nicht mehr zeitgemäß und daher reformbedürftig.

Die Familie - und um diese geht es in der an sich sinnvollen Regelung - hat sich in den letzten Jahren vielfach verästelt. Neue Familienmodelle wie Lebenspartnerschaften, Patchwork-Familien und Lebensabschnittspartnerschaften haben mittlerweile Platz gegriffen.

Alle diese Formen der familiären Zusammengehörigkeit stellen in der Gegenwart beinahe schon den Regelfall dar. Angesichts von Scheidungsraten in der Höhe von mehr als 50 Prozent in den urbanen Ballungsräumen unserer Heimat und angesichts der stetig wachsenden Anzahl von AlleinerzieherInnen muss man eben zur Kenntnis nehmen, dass Familie in Österreich weitaus vielfältiger gelebt wird, als zahlreiche Familienpolitiker annehmen. In diesem Bereich kann eben die Stadt Graz eine Vorreiterrolle spielen und hier herrscht Handlungsbedarf. Es geht um ein familienpolitisches Signal, wie gesagt, und es bedarf hier eben einer Reform, dass die leiblichen Kinder, auch wenn sie nicht im gemeinsamen Haushalt wohnen, vom anderen Elternteil gepflegt werden dürfen.

Ich danke in diesem Zusammenhang, und es freut mich, dass die SPÖ hier diesen gemeinsamen Antrag mitträgt und stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der SPÖ und der FPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt auf dem Petitionswege an das Land Steiermark heran, um eine Änderung nachstehender Landesgesetze zu erwirken:

Die §§ 28a des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes sowie 41a Dienst- und Gehaltsordnung sollen dahingehend abgeändert werden, dass die darin enthaltenen Regelungen zur Pflegefreistellung auch auf jene Vertragsbedienstete und Beamte ausgeweitet werden sollen, die nicht mit dem zu pflegenden Personenkreis im Sinne der zitierten Bestimmungen in einem gemeinsamen Haushalt leben. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Baumann** zur Dringlichkeit: Zur Dringlichkeit, ja dieser Antrag ist nach der letzten Wortmeldung Ihres Kollegen sehr dringlich und wir unterstützen diese Dringlichkeit außerordentlich, weil es auch sozusagen quasi vernünftige Köpfe gibt. Herr Ing. Lohr, wir unterstützen die Dringlichkeit Ihres Antrages (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Zum Antrag selbst. Es freut mich sehr, dass die freiheitliche Fraktion unterschiedliche Familienmodelle dezidiert hier herinnen auch diskutieren möchte. Ich habe mir erlaubt, diesen Antrag ein wenig in grüne Sprache umzuformulieren. Nicht als Abänderungsantrag gedacht und zumindest nicht von mir jetzt vorgetragen. Aber ich nehme ein paar Sachen heraus, die Familie hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach verästelt, gefällt mir wunderbar, neue Familienmodelle wie Lebensgemeinschaften auch mit gleichgeschlechtlichen PartnerInnen, Patchwork-Familien und Lebensabschnittspartner haben mittlerweile Platz gegriffen. All diese Familienformen stellen in der Gegenwart beinahe schon den Regelfall dar. Auch angesichts der wachsenden Anzahl von AlleinerzieherInnen muss man eben zur Kenntnis nehmen, dass Familien in Österreich weitaus vielfältiger gelebt wird, als zahlreiche konservative FamilienpolitikerInnen annehmen. Da es also einen wachsenden Personenkreis in unserer Stadt und in unserem Staat gibt, die Familie leben und nicht nur unter dem Begriff nahe Angehörige fallen und dennoch Verantwortung für diese Familien übernehmen möchten, scheint es höchst an der Zeit zu sein, diesen neuen Familienformen alle Rechte, wie eben jene des Pflegeurlaubs für Väter, die nicht in der Familie wohnen, einzuräumen. Auch Elternteile, die von ihren Kindern getrennt leben, wollen ihre Verantwortung gegenüber diesen bewusst wahrnehmen. Wir müssen also für getrennt von ihren Kindern lebenden Elternteilen, die Möglichkeit schaffen, sich ihrer Verantwortung als Elternteil weiterhin zu stellen. Das bedeutet für Trennungseltern nicht nur in Notzeiten, wie bei Krankheits- und Unglücksfällen, Pflege- und Versorgungsdienste leisten zu können. Seitens der Stadt Graz könnte hier ein positives

familienpolitisches Signal gemeinsam mit der freiheitlichen Partei gestellt werden. Danke.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, es ist eh ganz gut dargestellt worden, wir freuen uns sehr über die vielfältige Familiendiplomatie der FPÖ. Ganz unterschiedlich zur Bundes-FPÖ, weil in der Bundes-FPÖ steht ja schriftlich, eine Lebensgemeinschaft von Mann und Frau wird erst durch das Kind zur Familie, dort ganz stark ist das Kind orientiert, aber hier haben wir doch...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wenn Sie schauen, was Sie alles aufgezählt haben, natürlich kann es auch ohne Kind sein. Geschwister...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Es ist immer mit Kind.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Nein, also da in dem Antrag, den Sie geschrieben haben, geht es anders auch, aber das ist nicht so wichtig. Was wir uns aber denken, es ist an sich sehr sinnvoll, dass man auch auf Personen schauen kann, die nicht im Haushalt leben, deshalb unterstützen wir diesen Antrag, allerdings glauben wir nicht, dass hier ein Beamtenprivileg geschaffen werden sollte und deswegen kommt auch der Zusatzantrag. Der lautet folgendermaßen:

Der Gemeinderat möge beschließen: „Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bundesregierung zu ersuchen, eine sinngemäße Regelung zur Pflegefreistellung für

alle ArbeitnehmerInnen gesetzlich zu verankern.“ Es kann ja wohl nicht sein, dass das nur für die BeamtInnen der Stadt Graz gelten soll, ich glaube nicht, dass die FPÖ hier Privilegienritter sein will, sondern wir wollen das ja sicherlich gemeinsam für alle Arbeitnehmer in Österreich haben. In diesem Sinne der Zusatzantrag (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Liebe Kollegen! Zuerst einmal zu den Grünen, zur ersten Wortmeldung, also wenn man gelobt wird von den Grünen, dann ist es immer als Freiheitlicher sehr gefährlich, da muss was nicht stimmen, und die Replik ist ja dann gerade gleich darauf gekommen. Es ist schade, dass sich die Grünen hier über dieses Thema lustig machen wollen, weil natürlich gilt das nur für heterosexuelle Paare, weil nur Mann und Frau können gemeinsam ein Kind haben und dieses als Familie betreuen und da sind natürlich auch nur die leiblichen Kinder gemeint, die hier einen Pflegeurlaubsanspruch bekommen sollen.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: In Ihrem Antrag steht aber etwas anderes. Das soll auch für Stief- beziehungsweise Wahlkinder gelten.

GR. Ing. **Lohr**: Es ist von der Natur her leider, auch wenn es sich viele wünschen, homosexuellen Paaren nicht möglich, Kinder auf die Welt zu setzen. Zum zweiten Zusatzantrag, hier gebe ich Ihnen Recht, das ist natürlich eine österreichweite Initiative, hier kann Graz nur eine Vorbildstellung als Gemeinde sein, ich spreche hier als Grazer Gemeinderat und möchte eben diese Regelung einmal in unserem Haus beschließen haben und diese Initiative, da können Sie sicher sein, ist auch mit dem freiheitlichen Parlamentsklub in Wien akkordiert und es wird hier entsprechenden Anträge auch im Parlament geben und hier können sich dann auch die SPÖ und die ÖVP, die ja auch hier zustimmen, auch uns dort bitte wieder die Zustimmung erteilen und dann wird das auch für ganz Österreich kommen. Es ist ja auch eine logische

Weiterverfolgung des Themas. Bitte dann um die Abstimmung und danke schon jetzt für die wohlwollende Meinung. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, Herr Gemeinderat Lohr. Kinder auf die Welt bringen, nein wir fangen beim Kinderzeugen an, ok, da teile ich Ihre Meinung und alles was danach kommt, da teile ich Ihre Meinung nicht, weil Kinder werden großgezogen, wie wir wissen, auch von Großmüttern, von vielen verschiedenen Personen und ich denke, das ist ein bisschen eine realistischere Zugangsweise. Beim Kinderzeugen, da sind wir beinander, das ist biologisch nicht anders möglich.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Dr. Wohlfahrt wurde einstimmig angenommen.

5) Solidarität mit den Beschäftigten in Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufen

GR. **Eber** stellt namens der SPÖ und der KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst eben noch einmal drauf hinweisen, dass die SPÖ diesen Antrag gemeinsam mit uns stellt. Die Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten im Bereich der Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufe sind ins Stocken geraten und es hat von da her auch am 14. Jänner in mehreren Städten Österreichs, unter anderem in Graz, größere Kundgebungen gegeben, wobei auch in Graz einige hundert Personen aus diesem Personenkreis teilgenommen haben. Heute findet ein neuerlicher Anlauf statt, um zu einem befriedigenden Abschluss zu kommen, der

immerhin für 30.000 Beschäftigte österreichweit gilt. Zuletzt hatte die Arbeitgeberseite lediglich Gehaltserhöhungen im Ausmaß zwischen 0,9 bis 1,1 Prozent in Aussicht gestellt, forderte aber im Gegenzug die Abschaffung der Überstundenzuschläge für die 39. und 40. Arbeitsstunde in der Woche.

Die Beschäftigten in diesem Bereich arbeiten sehr schwer und verantwortungsvoll und erfüllen dabei höchste Qualitätsansprüche. Entsprechend sollte unserer Meinung nach auch die Bezahlung sein. Die Menschen, die gepflegt werden, aber auch jene, die pflegen, verdienen die besten Bedingungen.

Immer wieder wird gesagt, dass gerade die Pflege- und Gesundheitsberufe die Arbeitsplätze der Zukunft seien. Auch das ist ein Grund dafür, dass den jetzigen und künftigen Beschäftigten gute Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden sollen, auch in finanzieller Hinsicht. Was hat das Ganze jetzt mit der Stadt Graz zu tun? Zunächst einmal ist es natürlich so, dass die vielen, auch private Anbieter in diesem Bereich quasi eine öffentliche wichtige Funktion übernehmen, öffentliche Aufgaben übernehmen und andererseits natürlich auch durch die Kaufkraftsteigerung in diesem Bereich das natürlich auch dazu führen würde, dass es besser für die Stadt Graz ist, weil da natürlich auch mehr Steuereinnahmen zu erwarten sind. Es kann jedenfalls der Stadt Graz auch für ihre eigenen Beschäftigten in diesem Bereich nicht egal sein, unter welchen Bedingungen diese Menschen arbeiten.

Daher stellen wir im Namen der SPÖ und der KPÖ folgenden

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz solidarisiert sich mit den Beschäftigten im Bereich der Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufe und ruft die Verantwortlichen der Arbeitgeberseite auf, den Forderungen des ÖGB nach einer entsprechenden Gehaltserhöhung nachzukommen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Persönlich können wir alle hier dieser Forderung vieles abgewinnen. Ich selbst bin als Behindertenpädagoge bei der Lebenshilfe tätig und weiß, wie

schwer Arbeit im Sozialbereich ist, aber es ist aus unserer Sicht sehr, sehr hinterfragenswert, wenn eine Gebietskörperschaft einen Beschluss fällt beziehungsweise Einfluss zu nehmen versucht auf laufende Verhandlungen der Sozialpartner. Weiters ist es für uns auch ein bisschen verwunderlich, dass die SPÖ jetzt sogar mit auf den Antrag gegangen ist, wo im Verhandlungsteam federführend ein ehemaliger Kollege von uns allen Genosse Klaus Zenz, am Wort ist, aber wie gesagt, wir wünschen ihm alles Gute in dieser Angelegenheit, aber es ist Sache der Sozialpartnerschaft, und die ÖVP bekennt sich auch im Jahr 2010 zur Sozialpartnerschaft, und ich möchte nur erinnern, immer dann wenn versucht hat, die Parteipolitik von einer anderen Ebene auf die Sozialpartner einzuwirken, hat die Stärke der Sozialpartner darunter gelitten. Wie gesagt, inhaltlich stimmen wir dem Ganzen zu, nur ist es nicht sinnvoll, wenn eine Gebietskörperschaft hier einen Antrag verabschiedet, weil dann kommen alle Berufsgruppen und dann haben wir Schwierigkeiten, diese ganzen Sachen da hier zu behandeln. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir schon das Thema behandelt Politikverdrossenheit, wir alle wissen, dass das natürlich ihre Ursachen hat. Wir sprechen auch immer wieder einmal von Populismus, wir sprechen auch davon, dass in der Öffentlichkeit Wünsche herangetragen werden, die nachher von den gleichen Personen, die diese Wünsche geäußert haben, nicht erfüllt werden. In diesem Sinne in diese Kategorie passt leider, muss ich Kollegen Ebner sagen, diese Kategorie natürlich, jedem wünscht man das Beste, jeder soll nach Möglichkeit erfolgreich im Beruf sein, aber dass wir hier einerseits Kollektivvertragsverhandlungen führen über die Valorisierung des Entgeltes, das es bisher gegeben hat, findet nicht statt, weil wir dafür nicht zuständig sind und das Zweite ist, alles was über die Inflationsrate hinausgeht, ist ja auch ein Realzuwachs und würde demnach auch eine Änderung des Gehaltsschemas betreffen. Auch das findet hier im Grazer Gemeinderat nicht statt. Es ist an Ort und Stelle zu führen, zu verhandeln, so wie wir das in unserer Demokratie gewohnt sind und so sollten wir auch weiter vorgehen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich kann im Namen des FPÖ-Gemeinderatsklubs mitteilen, dass wir nicht sehr lange, aber doch drüber diskutiert haben. Wir sind der Meinung, dass die Stadt Graz erstens als Gebietskörperschaft und zweitens aber auch als Arbeitgeber für verschiedene Berufsgruppen sich hier nicht auf die Seite einer einzigen Berufsgruppe stellen darf oder stellen kann. Wir haben das Problem, dass nachher als nächstes auch die handwerklichen Berufe vielleicht kommen, die zweifelsohne fleißig sind und hart arbeiten, wie auch die Pflegeberufe und deshalb können wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eber**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Kollege Hohensinner hat gesagt, er wundert sich, dass die SPÖ auf diesen Antrag mit hinaufgegangen ist, ich muss sagen, ich freue mich erstens darüber, dass sie das gemacht hat, weil ich mir denke, es zeigt einfach auch, dass das auch für die SPÖ ein sehr wichtiges Anliegen ist und ich denke mir, es geht bei diesem Antrag je eben auch darum, nicht die Sozialpartnerschaft irgendwie auszuhebeln oder für überflüssig zu erklären, sondern es geht einzig und allein darum, den Beschäftigten in diesem Bereich den Rücken zu stärken auch bei den Verhandlungen gegenüber der Arbeitgeberseite, und wie gesagt, für mich bedeutet es auch, wenn wir diese Solidaritätserklärung mit den Beschäftigten in den Pflege- und Gesundheitsberufen verabschieden, dass wir das auch machen im Sinne und im Interesse der Stadt Graz, eben auch, weil in Graz sehr viele Beschäftigte in diesem Bereich tätig sind und tatsächlich eben auch Aufgaben übernehmen, die eigentlich öffentliche Aufgaben der Stadt Graz sind. Zum Kollegen Mariacher möchte ich nur sagen, möchte mich nicht mit Populismusvorwürfen da auseinandersetzen, aber ich möchte doch sagen, eine Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufen ist auch eine Solidaritätserklärung mit den Beschäftigten des Fischl-Imperiums, und der Herr Fischl ist ja ein Ihnen durchaus nahestehender Arbeitgeber in diesem Bereich. Abschließend ersuche ich dennoch noch einmal jeden Einzelnen, jede Einzelne, diesem Antrag der Dringlichkeit und der Sache nach zuzustimmen. Danke der SPÖ natürlich auch noch einmal für die Unterstützung dieses Antrages. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Valorisierung der Wohnbeihilfe

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor allem Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen und Pensionen leiden besonders unter der allgemeinen Teuerung. Zu den stärksten Preistreibern zählen die Wohnungskosten, also Miete, Betriebs- und Heizungskosten. Hier bietet die Wohnbeihilfe zumindest eine gewisse Linderung.

In zahlreichen Gesprächen, die unsere Wohnungsstadträtin Elke Kahr beziehungsweise die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der KPÖ mit Betroffenen geführt haben, zeigte sich: Vor allem BezieherInnen von Mindestpensionen passiert es immer wieder, dass bereits bei einer geringen Pensionserhöhung zum Beispiel im Ausmaß von 30 Euro, die Wohnbeihilfe im selben Ausmaß oder oft noch mehr reduziert wird, sodass diese Erhöhung durch die Reduktion der Wohnbeihilfe komplett aufgesaugt wird. Oftmals bleibt unterm Strich sogar noch weniger Pension als vor der Pensionserhöhung. Dieselbe Beobachtung mussten wir auch bei Löhnen und Gehältern von Niedrigverdienern machen: Wenige Euro mehr an Entlohnung werden durch eine entsprechende Senkung der Wohnbeihilfe sofort wieder wettgemacht.

Um hier entgegenzusteuern, wäre es dringend geboten, die Wohnbeihilfe zu valorisieren.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat fordert die Landesregierung auf, die Wohnbeihilfe zu valorisieren, indem die tatsächlichen Auszahlungsbeträge wertgesichert werden und/oder die Jahresnettoeinkommen bezüglich des jeweils zumutbaren Wohnungsaufwandes laut Wohnbeihilfentabelle angehoben werden (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Spath** zur Dringlichkeit: Derzeit werden schon bereits 80 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe neu benötigt, eine weitere Anpassung würde um eine Million pro Jahr mehr kosten. Das würde natürlich auch wiederum auf das Wohnbauförderungsbudget zurückfallen. Nichtsdestotrotz darf ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsklubs sagen, dass wir der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Liebe Frau Antragstellerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne diese Fälle auch aus verschiedenen Zusammenhängen und aus den Sprechstunden, und auch bei unseren Arbeitsgruppen zum Aktionsprogramm gegen Armut ist darauf hingewiesen worden, dass die fehlende Valorisierung einfach genau diese Probleme mit sich bringt. Wir haben das schon aufgegriffen und sind auch in dieser Sache schon beim Land vorstellig geworden und freue mich auch deswegen über den Antrag und offensichtlich über eine sehr breite Zustimmung, sodass wir ein schönes Zeichen aus der Stadt Graz heraus dann setzen können und ich hoffe, dass die finanziellen Fragestellungen, die damit im Zusammenhang stehen, auf Landesebene in den Griff zu bekommen sind, weil es einfach wirklich für viele eine Erleichterung wäre, hier nicht runterzufallen, sobald eine kleine Erhöhung ansteht. Wir stimmen daher der Dringlichkeit und dem Inhalt natürlich zu (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn es um das Geld, noch dazu einer anderen Gebietskörperschaft geht, das wer ausgeben soll, muss man sich natürlich sehr vorsichtig diesem Thema widmen. Wir haben das seitens des BZÖ getan, wir haben die Problematik gesehen, dass mit dieser Maßnahme, die gefordert, gewünscht ist, Leistungsanreize gemildert werden, das ist der Nachteil bei dieser Sichtweise. Das heißt, die Leute, die Menschen nicht mehr diesen Anreiz haben, wirklich noch engagierter, noch verantwortungsvoller sich einzubringen, um ein höheres Gehalt nach Möglichkeit zu erzielen. Das was für uns aber das Entscheidende war, ist in der derzeitigen Situation, dass die Menschen weiterhin ihre Wohnung behalten können, das ist für uns diese Gefahr, delogiert zu werden, auf der Straße zu stehen, für uns das entscheidende Kriterium und wir möchten gerade vor der wirtschaftlichen Situation, wo wir alle wissen, dass der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit voraussichtlich noch nicht erreicht wird, hier auch ein sichtbares Zeichen setzen und hier verantwortungsvoll mit dieser Fragestellung umgehen und stimmen daher diesem Antrag sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach zu. Danke.

GRin. **Bergmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich bedanken für die Unterstützung. Ich möchte nur eine Anmerkung noch machen, wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, auch unsere Bezirkrätinnen und -räte, sowie unsere Stadträte sind doch direkt am Ohr der Bevölkerung, der Bürger und Bürgerinnen und ich glaube, auch wenn das jetzt nicht in den Kompetenzbereich des Gemeinderates fällt, sind solche Petitionen an die dafür zuständigen Ebenen sehr, sehr wichtig, um hier ganz einfach auf Missstände aufmerksam zu machen, um auch dort ein größeres Gehör zu verschaffen und ich denke, wir als KPÖ werden auf alle Fälle in diese Richtung weitertreiben und freuen uns auf Unterstützung. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Allgemeines Bettelverbot im Stadtgebiet von Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir diskutieren heute zumindest seit eineinhalb Jahren zum vierten Mal eine Initiative des BZÖ zum Menschenhandel in Graz und unsere Initiativen für ein allgemeines Bettelverbot. Wir erleben seit Jahren die politische Diskussion, die darin gipfelt, dass man jetzt auf die kuriose Idee gekommen ist, ein sogenanntes sektorales Bettelverbot in Graz einzuführen. Ich halte von diesem sektoralen Bettelverbot gar nichts, denn was bringt es denn uns, wenn wir Menschen oder die Opfer von Menschenhandel aus der Herrengasse vertreiben, dass sie vielleicht dann in der Schmiedgasse weiterhin ihrem dreckigen Geschäft nachgehen müssen. Und es ist ein dreckiges Geschäft, und ich habe schon mehrmals hier in diesem Gemeinderat auch mit Emotionen unsere Anträge begründet. Nicht zuletzt der UNICEF-Bericht 2007, der eindeutig feststellt, dass Österreich sich des Menschenhandels de facto schuldig macht, indem wir nichts dagegen tun gegen die organisierte Bettelkriminalität als Basis dieses Kinderhandels; mehrere Experten in Österreich, vom Innenministerium über die Polizei über NGOs hinweg, die uns mehrmals und oft mitgeteilt haben, dass nur ein allgemeines Bettelverbot, das heißt, auch ein aktives und passives Bettelverbot, einer Stadt wie Graz die Möglichkeit geben kann, hier effektiv dagegen vorzugehen. Seit 2005 befasse ich mich, befassen sich meine Freunde im BZÖ mit diesem Problem...

Zwischenruf StRin. Edlinger: Was ist ein passiver Bettler?

GR. **Grosz:** Ein Bettelverbot, Frau Stadträtin, ein Bettelverbot für aktive und passive Bettelei. Kommen Sie mit? Na gut. Das kann ja nicht so schwierig sein, zumal ja im Landessicherheitsgesetz gegen aktive Bettelei schon ein Verbot besteht, werden Sie es dann auch begreifen können, nehme ich einmal an, zumindest als Stadträtin, dass wir es natürlich dann auch für Passive fordern; alle anderen Interpretationen, die Sie jetzt vielleicht hier sehen, sind unzulässig oder was Sie auch immer drunter verstehen. Ich glaube, wir haben seit Jahren jetzt zugesehen und wir haben jetzt wirklich Handlungsbedarf. Wir werden daher heute zwei dringliche Anträge einbringen, einer soll Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, ein letztes Mal die Möglichkeit geben, hier endlich zu einer Regelung zu kommen, da wir ja sehen, dass der Steirische Landtag ja nicht einmal geistig dazu in der Lage ist, hier eine ordnungsgemäße Lösung auf den Tisch zu legen. Letztmalig auch die Möglichkeit dahingehend, dass wir, wenn diesem Antrag nicht zugestimmt wird, uns nur dann zu helfen wissen, indem wir auch mittels einer Volksbefragung beginnen mit der Einleitungsphase am 1. März, genügend Unterstützungserklärungen unter den Grazerinnen und Grazern sammeln werden, um hier im Juni an einem geeigneten Sonntag, eine Volksbefragung zu diesem Thema abhalten zu können. Ich glaube, dass der Unmut auch innerhalb der Bevölkerung gegenüber diesem Problem sehr hoch ist, ich glaube, dass wir durchaus in der Lage sind, dass wir innerhalb kürzester Zeit diese 10.000 beglaubigten Unterschriften auch mit Hilfe von Notaren aufstellen werden und ich bin mir auch sicher, dass diese Volksbefragung zu einem sehr guten und eindeutigen Ergebnis kommt, nämlich zu einem Ergebnis, dass die Bevölkerung sich in Graz mehrheitlich von der Politik erwartet, eine verfassungskonforme Regelung gegen die organisierte Bettelkriminalität in Graz endlich zu beschließen. Wir haben hier diese Verpflichtung, im eigenen Haus das zu regeln und nicht einmal mehr auf die Landesebene zu verlagern. Wir haben diese Verlagerung auf die Landesebene ja bereits im Sommer gehabt, die Conclusio daraus ist, dass es uns ja bis heute nicht gelungen ist, vom Land Steiermark eine logische, eine sachliche Lösung serviert zu bekommen. Das Problem hat sich nämlich um eines halbes Jahr wieder hinausverzögert und man löst auch dieses Problem, Klubobmann Herper, nicht mit irgendwelchen Interviews im Standard, wo dann ein Landeshauptmann Voves sagt, ja eigentlich gehört diesen Menschenhandel und gegen diese Bettlerkriminalität ohnedies vorgegangen, das ist ja unwürdig, dass das hier passiert, um dann am nächsten Tag zu sagen, ja eigentlich war das eh nur meine

Privatmeinung. Als Landeshauptmann dulde ich das eh, wenn die Kriminellen herumlaufen, als Privatmann nicht. Also ich glaube, gerade weil wir es aus der parteipolitischen Agitation eines drohenden Landtagswahlkampfes herausnehmen sollten, empfehle ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, unserem, diesem dringlichen Antrag betreffend ein allgemeines Bettelverbot im Stadtgebiet von Graz zuzustimmen.

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum allgemeinen Verbot der Bettelerei im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im März 2010 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich ersuche um ihre Zustimmung bei der Dringlichkeit und im Inhalt. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Werte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Zuerst einmal zur Länge des Antrages. Das BZÖ, scheinbar umso kleiner die Fraktion, umso länger die Anträge, aber in dem Fall hast du natürlich das sehr schön aufgeführt, um was es geht. Ich werde mir erlauben, zu beiden Anträgen gleich Stellung zu nehmen, wobei von unserer Seite her natürlich wir sowohl dem Inhalt als auch der Dringlichkeit natürlich zustimmen werden. Nur das Verfahren ist mir nicht ganz schlüssig, weil du hast, ich glaube, es gehört umgedreht, meines Erachtens, du hast als Erstes willst du die Volksbefragung und dann willst vom Bürgermeister, dass er sozusagen einen Ausschuss einsetzt, der ihm mit gemeinsam eine Bettelverbot für das Stadtgebiet Graz erarbeitet, da müsste meines Erachtens, das gehört umgekehrt, dann zuerst müsste, muss das Bettelverbot ermöglicht werden oder eine gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden und wenn das nicht der Fall ist, dann kann erst die Volksbefragung sein. Also die Reihenfolge finde ich nicht ganz richtig, aber du wirst es wahrscheinlich in deinem Schlusswort aufklären, warum das so gemacht worden ist, aber sonst grundsätzlich werden wir sowohl dem Inhalt als auch der Dringlichkeit zustimmen; wobei natürlich teilweise gewisse Formulierungen entsprechen nicht ganz meiner Umgangsweise, weil grundsätzlich

jeden Bettler, und wie gesagt, wir erleben das leider jeden Tag, jeden Bettler als kriminell zu bezeichnen, das würde ich ehrlich gesagt nicht unterschreiben, aber vielleicht in der Hitze des Gefechtes kommen dir auch, lieber Sitznachbar hie und da Formulierungen aus, die nicht unbedingt dem entsprechen, aber im Großen und Ganzen können wir uns mit beiden Anträgen identifizieren. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Auch wenn ihr immer wieder das Gleiche fordert und formuliert, wird sich am Abstimmungsverhalten nichts ändern. Wir haben das anders vereinbart, daher wird auch unser Stimmverhalten dementsprechend sein. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass auch in der Diskussion im Land etwas kurz kommt, dass es um Hilfe vor Ort geht und deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass wir vor Weihnachten schon eine sehr interessante Diskussion gehabt haben zu diesem Thema mit Partnerstädten aus Pecs, aus Ljubljana, aus Temesvar, die uns da auch unterstützen wollen und die in dem Zusammenhang bei der Unterstützung vor Ort auch Partner sein wollen, weil sie das auch brauchen. Und auch die ehemalige Büroleiterin des Herrn Barroso, die Frau Dr. Winkler, hat vorige Woche unsere Initiative aufgegriffen und ist bei der Freudenbergstiftung vorstellig geworden, die mehrere Millionen in Richtung Roma-Projekte leiten möchte, und die Stadt Graz hat gute Chancen mit den Partnerstädten, die ja betroffen sind von dieser Minderheit, auch entsprechende Unterstützung zu bekommen. Weil ich glaube, es ist schon wichtig bei der ganzen Diskussion, dass man schaut, nicht immer nur davon redet, man müsste vor Ort helfen, sondern dass man auch schaut, Projekte auf die Beine zu stellen und es schaut ganz gut aus, dass wir bei diesen Projekten auch erfolgreich sind. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren! Um einige Fragen zu beantworten. Zu der Formulierung, Kollege Korschelt, dieses Antrages, Acht-Seiten-Antrages. Wir wollten und wir werden uns auch in Zukunft chronologisch damit auseinandersetzen, damit man auch sieht und damit auch du, lieber Freund, siehst, wie lange dieses Thema hier in diesem Gemeinderat schon diskutiert wird und wie ergebnislos dieser

Gemeinderat in der Bekämpfung dieser Kriminalitätserscheinung ist. Das ist ja wunderschön, wenn man hier einen papierenen Spiegel hat, den man den Gemeinderäten und der Stadtpolitik ständig vor Augen halten kann. Zum Ablauf: Na selbstverständlich versuche ich zuerst diesem Gemeinderat noch einmal die Möglichkeit zu geben, ein- für allemal dieses Bettelverbot zu beschließen und wenn mir das nicht gelingt, dann wird es jetzt einen weiteren Antrag geben, wo wir den Landeshauptmann ersuchen, eine Volksbefragung von sich aus anzuordnen, die Landesregierung ersuchen, eine Volksbefragung von sich aus anzuordnen, da hoffe ich, dass die Demokraten im Gemeinderat der Stadt Graz weit genug sind, auch dem zuzustimmen und wenn erst dann das nicht möglich ist, dann werden wir ab 1. März eine Volksbefragung erzwingen und dann auch gemeinsam mit der Bevölkerung darüber abstimmen lassen, ob dieses Bettelverbot für Graz kommen soll oder nicht. Wenn dieser Gemeinderat nicht in der Lage ist, Politik zu machen, dann wird es halt die Bevölkerung in dem Bereich im Rahmen des Volksrechtegesetzes selbst in die Hand nehmen und daher auch dieser Ablauf. Zum Kollegen Rajakovics betreffend, es ist das vierte Mal der gleiche Antrag, deswegen wird sich auch nichts ändern der ÖVP, die Stellungnahme der ÖVP vor einem halben Jahr. Ja wir machen ein Bettelverbot, aber nur für die Kranken und Behinderten, O-Ton, Freunde, verfassungswidrig, fällt auf die Schnauze, macht es nicht. Illuminierter Klubobmann im Landtag, ach ja, ok, lange Bank, es wird wieder drei Monate weitergeschoben...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Stimmt ja gar nicht, du verdrehst alles.

GR. **Grosz:** ...jetzt neu in dieser ganzen Diskussion, jetzt kommt ein sektorales Bettelverbot. In einer heutigen Tageszeitung lesen wir grün/schwarzer Abtausch sektorales Bettelverbot gegen eingetragene Partnerschaft, bis jetzt habt ihr das noch nicht korrigiert, nicht einmal mit einer Presseaussendung. Sonst macht ihr alle möglichen Blödheiten am Tag, aber heute diese Zeitungsmeldung wird nicht korrigiert. Und daher sage ich bei dieser Halbwertszeit der ÖVP-Ankündigungen, die im Übrigen auch hier in dem Antrag manifestiert sind, denn es hat ja einen Antrag

des Klubobmanns Piffli-Percevic auf ein allgemeines Bettelverbot bereits gegeben und bei der Rückgratlosigkeit und Wendigkeit, die die ÖVP-Fraktion zu diesem Thema hat, kann man den Antrag ruhig öfter einbringen, weil es kommt eh jedes Mal von euch eine andere Antwort heraus, weil ihr selbst nicht mehr wisst, was ihr vor einem Monat noch dazu gesagt habt (*Applaus BZÖ*). Also das ist für mich kein Problem und die Österreichische und die Grazer Volkspartei sollte sich um meine Anträge und Formulierungen keine Gedanken machen, sondern eher Gedanken machen, wie der Bürgermeister an einem Sonntag im Juni um 17.00 Uhr im Landesstudio Steiermark stehen wird und dann mit einer Mehrheit von 65 – 70 %, die bei der Volksbefragung für das Bettelverbot waren, eher argumentieren wird, warum er es noch nie geschafft hat, eines in Graz einzuführen: weil er nicht will. Danke (*Applaus BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Bevor wir zur Abstimmung der Dringlichkeit kommen, das was Sie in der Zeitung lesen, ist Ihr gutes Recht, Sie können sich auf darauf beziehen.

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Das ist nicht sinnvoll, wie Sie wissen, bei bestimmten Zeitungen immer wieder zu korrigieren, was drinnen steht, weil viele Dinge aus dem Finger gesaugt sind. Aber das ist alleine in der Abstrusität schon so ein Scherz, dass man da gar nicht darauf eingehen braucht.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Durchführung einer Volksbefragung gemäß § 82 Volksrechtgesetz durch die Landesregierung

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Die inhaltliche Begründung dazu kann ich mir ja mittlerweile schenken und ersparen und es ist auch im vorigen Antrag, wenn man ihn genau gelesen hätte, aber das ist ja offenbar niemandem aufgefallen, ich habe den Ausgang der heutigen Gemeinderatssitzung ja bereits präjudiziert und habe auch dorthin geschrieben, nachdem der Grazer Gemeinderat ohnedies unserem Antrag für ein allgemeines Bettelverbot nicht zugestimmt hat, werden wir jetzt noch einmal Ihnen die Möglichkeit geben, im Wege der direkten Demokratie das anzuordnen. Eigentlich bin ich ja schon in dem Bereich fast ein Prophet. Ich glaube, dass wir die Möglichkeiten gemäß dem Steirischen Volksrechtgesetz § 82 Abs. e haben, auch als Stadt Graz, die Landesregierung aufzufordern, eine Volksbefragung zu diesem Thema durchführen zu lassen. Nachdem ja offenbar eine Zustimmung der Grazer Volkspartei nur nicht inhaltlich abhängig ist, sondern eigentlich nur deswegen davon abhängig ist, weil sie sich in einer Koalition mit den Grünen befinden, weil inhaltlich würden sie ja meinen Anträgen zustimmen. Da hindert ja die Grazer Volkspartei ja nur die Koalitionsfrage, ansonsten sind wir ja d'accord, wollen wir da durchaus der Grazer Volkspartei die Möglichkeit geben, Demokratie walten zu lassen; wir haben gerade ein ähnliches direktdemokratisches Phänomen in der Schweiz erlebt zu einem ganz anderen Thema, nämlich da ist es um Minarette und Moscheen gegangen, das sehr viel Emotionen, unnötige Emotionen, ausgelöst hat. Ich glaube, dieses Thema ist viel emotionsloser, ich glaube auch, dass dieses Thema eine ganz klare Problemlage betrifft, eine Problemstellung auch lösen soll, nämlich - noch einmal jene - des Menschenhandels, des Kinderhandels und der Bettlerkriminalität und zwar der

organisierten Bettlerkriminalität, keinesfalls bestehende Armut in den Mittelpunkt rückt, sondern ausschließlich diesen Industriezweig, der ist ja schon fast verdient, als eigene Innung bei der Wirtschaftskammerwahl mitzumachen. Nachdem ich davon ausgehe, dass in Ihren Reihen auch genügend Demokraten vorhanden sind, die sich vor der Meinung der Bevölkerung nicht fürchten, darf ich Sie einladen, darf ich Sie auffordern, darf ich Sie bitten, mit uns gemeinsam an das Kollegium der Steiermärkischen Landesregierung heranzutreten, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Das Kollegium der Steiermärkischen Landesregierung wird aufgefordert, gemäß § 82 Abs. e Volksrechtegesetz eine Volksbefragung in der Landeshauptstadt Graz umgehend zu verlangen und diese mittels entsprechender Verordnung anzuordnen. Das Befragungsgebiet beschränkt sich auf die Landeshauptstadt Graz. Der als Frage formulierte Gegenstand lautet: Sind Sie dafür, dass für die Landeshauptstadt Graz ein rechtskonformes allgemeines Bettelverbot zur Bekämpfung der organisierten Bettlerkriminalität und des Menschenhandels eingeführt wird? Ja oder Nein. Ich glaube, mit einer ordentlichen Begründung ist das auch sehr leicht verständlich, mit einer begleitenden Diskussion auch in den Medien im Zeitraum, im Vorfeld dieser Volksbefragung, glaube ich, könnten wir auch die direkte Demokratie in Graz stärken. Wenn Sie dem Antrag, sage ich auch, wenn Sie dem Antrag nicht zustimmen, werden wir mit morgigem Tag die Vorbereitungen treffen, dass wir vielleicht schon vor 1. März mit der Sammlung dieser Unterschriften beginnen. Sobald wir 10.000 und mehr Unterschriften, auch beglaubigte, haben, dann geht das Prozedere weiter, dass die der Landesregierung übergeben werden, die Landesregierung hat zwei Wochen Zeit, die Anträge auf ihre Genauigkeit zu überprüfen, wenn die Anträge auf ihre Genauigkeit überprüft sind, hat der Landeshauptmann von Steiermark drei Monate Zeit, an einem geeigneten Sonntag, die Volksbefragung auch durchzuführen. Sie können sich alle Ihre Kalender in die Hand nehmen, es wird nicht der Juli sein, auch nicht der August sein, keine Sorge, wir werden es nicht in die Ferienzeit hinein verschieben, nein, es wird der Juni sein und Sie werden dann halt im Juni von der Bevölkerung an diesem Sonntag in allen Ihren Medien und in allen Ihren aktuellen Neuigkeiten hören, wie die Grazer Bevölkerung über dieses Problem denkt. Im Vorfeld dieses heutigen Antrages habe ich vom Stadtrat Eustacchio gehört, dass die freiheitliche Partei der Volksbefragung nicht mitstimmt, das hat mich sehr überrascht, wahrscheinlich wieder eine Zeitungssente oder auch nicht, weil ich ja noch die Worte der FPÖ, des Herrn Strache

und des Herrn Eustacchio und des Herrn Kurzmann und wie die Kameraden auch aus Kärnten Scheuch und wie sie alle heißen, dass dieser Tag, an dem in der Schweiz die Volksbefragung durchgeführt war, ein großartiger Tag ist. Also in der Schweiz dürfen wir eine Volksbefragung, das ist klass, das kostet dort nichts, drüben eine Volksbefragung über die Moscheen machen, aber in Graz dürfen wir keine direkte Demokratie machen über die Problematik des Menschenhandels und des Kinderhandels, diese Logik musst auch einmal irgendwen vorhupfen, aber das entspricht offenbar der Angst und Panikpolitik, dass euch einige Wähler verlorengehen. Danke (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.